

Das „Forum Juden/Christen“ in der Stiftung Kloster Frenswegen nimmt zur aktuellen Situation in und um Israel/Palästina Stellung:

1. Mit Entsetzen und angesichts der Undurchschaubarkeit und Kompliziertheit der Hintergründe ohne rechtes Wissen um einen guten Weg nehmen wir die derzeitigen kriegerischen Vorgänge im Nahen Osten zur Kenntnis. Wir sehen aufseiten Israels wie - in weitaus stärkerem Maße - des Gazastreifens Bilder von zerstörten Wohnungen, vernichteter Infrastruktur und verängstigten, ratlosen, traumatisierten, gar getöteten Kindern, Frauen, Männern. All das macht uns ratlos, verwirrt, verzweifelt und lässt uns nach Klarheit suchen.
2. Für das „Forum“ steht dabei ganz außer Frage, dass der Staat Israel in vollem Sinn ein Existenzrecht hat. Das von den meisten politisch Verantwortlichen proklamierte Ziel einer „Zwei-Staatenlösung“ beinhaltet auch das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat. Für nicht akzeptabel halten wir, dass das Existenzrecht Israels von arabischen Staaten und Politikern, radikal-muslimischen Gruppierungen und von Menschen, die man insoweit als Antisemiten bezeichnen muss, bestritten wird. Ebenso wenig haben wir Verständnis dafür, dass nationalistische israelische Parteien wie die Partei „Unser Haus Israel“ des Außenministers Liebermann und die Partei „Jüdisches Heim“ des Wirtschaftsministers Bennett kompromisslos gegen einen eigenständigen Staat Palästina und für die Ausweitung der Siedlungspolitik im Westjordanland eintreten.
3. Die in Gaza herrschende Hamas erkennt den Staat Israel nicht an, sondern hält nach wie an dessen Zerstörung mit allen Mitteln fest. Deshalb wird die Hamas von der EU als Terrororganisation eingestuft. Seit Beginn der Intifada 2000 wird Israel aus dem Gazastreifen mit Raketen beschossen. In dem gegenwärtigen Krieg wurden weit über 2600 Projektile mit immer größerer Treffgenauigkeit und Reichweite auf Israel abgefeuert, so dass jetzt fast die gesamte israelische Bevölkerung in der Gefahr steht, getroffen zu werden. Als Ziele der Angriffe sind ausschließlich Wohngebiete auszumachen, also rein zivile Ziele. Außerdem benutzt die Hamas die Zivilbevölkerung des Gaza-Gebiets als menschliche Schutzschilde, indem sie militärische Einrichtungen und zivile Orte miteinander vermischt: Waffenlager, Raketenstellungen und Kommandozentralen werden in oder in der unmittelbaren Nähe von Wohnhäusern, Schulen und Kliniken einrichtet. Diese Strategie führt zu hohen Opferzahlen, die von der Hamas nicht nur in Kauf genommen, sondern bewusst als politisches Propagandainstrument eingesetzt werden. Das Verhalten der Hamas verstößt gegen das Konfliktvölkerrecht. Zudem hat die Hamas ausgedehnte Tunnelsysteme – offenbar mit Beton aus EU-Mitteln ausgekleidet - gebaut und sie bis weit über die Grenze nach Israel vorgetrieben, um von dort aus Anschläge auf israelische Bürger und Entführungen durchführen zu können.
4. Israel hat damit aufgrund der jetzt seit über einem Jahrzehnt andauernden Bedrohungslage das Recht auf Selbstverteidigung. Der israelische Militärschlag hat zum Ziel, Raketen, Tunnel und weitere Infrastruktur-Einrichtungen der Hamas zu zerstören. Israel tut mehr als jede andere Armee für den Schutz der betroffenen Zivilbevölkerung, etwa indem Warnungen vor einem Angriff auf Hamas-Stellungen per sms oder Telefon ausgesprochen werden. Die von der Hamas veröffentlichten Opferzahlen sind nicht überprüfbar; sie enthalten etwa zur Hälfte im Kampf getötete Terroristen. Für

die Weltöffentlichkeit werden nur Bilder von toten Zivilisten zugelassen. Israels Angriffe auf die Hamas werden angesichts der Zahl der Opfer zunehmend kritisiert. Allerdings messen viele Kommentare mit doppelten Standards: Jede andere gegenwärtig geführte kriegerische Auseinandersetzung – in Syrien, im Irak, in Afghanistan, im Sudan, in Nigeria, in Libyen – fordert ungleich viel höhere Opferzahlen und gezielte Tötungen, aber nur Israel wird an den Pranger gestellt. Gleichwohl muss sich die israelische Politik und Militärführung die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel stellen. Wenn die Zahl der Opfer dermaßen ansteigt, können das hehrste Ziel und das eindeutigste Recht fragwürdig werden.

5. Nun werden in Deutschland – wie auch in anderen Ländern – Demonstrationen veranstaltet, die sich statt gegen die Hamas gegen Israel richten. Es ist in keiner Weise tolerierbar, dass in Deutschland antiisraelische Parolen, Aufrufe zur Gewalt gegen Israel und „die Juden“, sogar antisemitische Hetze propagiert werden. Kritik an der Politik Israels ist legitim und nötig. Wenn aber sich ein Denken Bahn bricht, das sich pauschal gegen Jüdinnen und Juden richtet, das dem Staat Israel als jüdischem Staat die Existenzberechtigung abspricht und das diesen Konflikt im Vergleich mit anderen mit unterschiedlichen Maßstäben misst, ist der Schritt zum Antisemitismus, zum fundamentalen Hass auf die Juden, vollzogen und verlangt energischen Widerspruch und Widerstand von Menschen aus allen gesellschaftlich relevanten Gruppen.

6. Was kann man tun?

Wichtig ist es, angesichts der unglaublichen Macht der Bilder die Berichterstattung kritisch zu verfolgen, sich aus verschiedenen Quellen zu informieren, mit anderen zu diskutieren.

Als praktische Hilfe schlägt das „Forum Juden/Christen“ vor, eine Spende an die Aktion „Sommercamp“ des Jüdischen Nationalfonds (JNF) zu richten. Hierbei geht es darum, zu den Feriencamps 2014 des JNF traumatisierten Kindern aus der südisraelischen Grenzregion zum Gazastreifen ein paar unbeschwerte Tage in Deutschland zu ermöglichen, Erholung von Sirenen, Angst und Bunkeraufenthalten.

Wer zu den Kosten für Flüge, Unterbringung, Verpflegung und Betreuung einen Beitrag leisten möchte, kann dies anhand folgender Kontonummer tun: JNF, Düsseldorf,

IBAN: DE31 5003 3300 1005 0070 40

BIC: SCFBDE33XX

Stichwort „Sommercamp 2014“

Alternativ dazu kann man die Arbeit von „Diakonie Katastrophenhilfe“ in Gaza unterstützen. Diese Aktion stellt lokalen Partnern Gelder zur Verfügung, um für eine medizinische Grundversorgung, vor allem bei Frauen und Kindern, für die Begleitung von Schwangeren oder für die Behandlung unter- und mangelernährter Kinder zu sorgen. Ein regionaler Schwerpunkt ist etwa Rafah (Süd-Gaza):

Diakonie Katastrophenhilfe

Evangelische Darlehns-genossenschaft

IBAN: DE26 1060 2370 0005 0250 2

BIC: GENODEF1EDG

Stichwort „Gaza“

Nordhorn, 05.08.2014

Forum Juden / Christen  
Gerhard Naber / Dr. Hartmut Lenhard